

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 12

Gründungsbeitrag
Bezugpreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezug
Zustellung bei allen Postanstalten

Berlin, den 15. März 1925

Verlagsstelle Berlin G. 2, Dreifischstr. 50/51
Korrespondenz Berlin G. 2, 5529
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Kampf den Unorganisierten!

In unserem eigenen Lager steht der Feind! Täglich übt er Verrat. Lebt Verrat, indem er ruhig zusieht, wie andere sich mühen um ein besseres Wohlergehen der Arbeiterklasse, wie sie Opfer, Not und Entbehrung auf sich nehmen in schwerem Kampfe um ein größeres Stück Brot, um einen bescheidenen Lichtblick, ein bißchen Lebensfreude im Proletarierdasein.

Das ist der Unorganisierte. Er läßt die anderen für sich sorgen. Das kostet ihm nichts, weder Geldopfer noch freie Zeit: Müht euch für mich; die Früchte, die ihr durch euren gewerkschaftlichen Fleiß erntet, ernte auch ich. Was ihr säet, reift auch mir zu. Gewiß, das ist Diebstahl an anderer Gut, ist Diebstahl am Arbeiterrecht und an den Klassen-genossen. Ich esse mit, wenn durch anderer Mühen der Esstisch des Arbeiters etwas reichlicher gedeckt wird. Den anderen die Arbeit, mir der Erfolg. So rechnet der Unorganisierte.

Das ist selbstsüchtig gehandelt, ist ein Verbrechen an der Solidarität der Arbeiterklasse, ist nackter Raub am Gute anderer, zeugt weder von proletarischer Ueberzeugung noch irgendwelchem Opfersinn. Und obendrein ist das feig. Der Unorganisierte, der so handelt, ist die Hyäne des wirtschaftlichen Schlachtfeldes. Gierig schluckt er die Vorteile der Gewerkschaftsbewegung, scheu drückt er sich vor der Organisationsarbeit. Und obendrein „spart“ er den Beitrag.

Ist ein solcher Mensch nicht im vollsten Sinne des Worts verächtlich? In anderen Gesellschaftsschichten wird der Außenseiter verachtet. Nicht aber bei großen Teilen der Arbeiterschaft. Vor dem Kriege galt allerdings auch in der Arbeiterklasse der Unorganisierte nichts. Wertwürdig: Der Weltkrieg, der alle menschlichen Moralbegriffe umgestülpt hat, der das Morden und Stehlen zur „guten“ Tat erhoben, er hält auch heute noch viele von der Rückkehr zur alten Moralauffassung ab; noch immer zittert seine Moralvergiftung in allen Volksschichten nach und beeinflusst dabei auch in schädlicher Weise die Auffassung vieler Arbeiter in gewerkschaftlichen Dingen. Und so beobachten wir: Während man früher einem Unorganisierten gezeigt hätte, wo der Zimmermann das Bohrer gelassen, wenn er das Maul aufzureißen und „gute Lehren“ zu erteilen sich erdreistete, darf er heute öffentlich mit seiner gewerkschaftlichen Nichtsnutzigkeit prahlen. Viele hören ihn ruhig an, manche klatschen ihm sogar Beifall, wenn er in rühmendem Ton über die Organisation oder deren Vertreter loszieht und sich dabei seines Indifferentismus brüstet. Und Leute, die der Gewerkschaft angehören, die empfinden und wissen, daß es unwürdig ist, der Gewerk-

schaft nicht anzugehören, zollen nicht der lähnen Tat, sondern dem frechen Wortgeklingel Beifall, ohne zu ahnen, daß sie damit sich selbst und ihre eigene Gewerkschaftszugehörigkeit verspotten; ahnungslos lassen sie ihre eigene Organisation bespucken. Ja, es kommt sogar vor, daß sie solchen gewerkschaftlichen Marodeuren recht geben, wenn sie frechtirnig erklären, die Führung hätte da und dort nicht genügend herausgeholt, obwohl gerade die Unorganisierten die Macht der Gewerkschaft verkümmern halfen, ganz abgesehen davon, daß solche gewerkschaftlichen Parasiten keinerlei moralisches Recht haben, aus einer Bewegung etwas zu fordern, zu deren Gedeihen sie weder beigetragen noch irgendsonst ein Opfer gebracht haben. Doch sie sind frech: Sie fordern von den Früchten, die andere ernten, und schimpfen, wenn die Ernte nicht reichlich genug ausfällt.

Und solche Geister finden Anklang. Gewiß, der Krieg hat die Moralbegriffe verkrüppelt. Und diese Umstülpung von Gut und Böse wirkt heute noch nach. Aber wäre es nicht endlich an der Zeit, daß sich wenigstens organisierte Arbeiter davon freimachen, indem sie wieder gewerkschaftlich klar sehen lernen und sich endlich wieder der alten Gewerkschaftsgrundsätze erinnern und sie beherzigen?

Das muß endlich geschehen. Wer nicht mit uns ist, der ist unser Gegner, ob er im jüdischen Gesellschaftsfrack oder im Arbeitskittel auftritt. Der Arbeiter, der die Früchte der Organisation einsackt, ohne irgendwie zur Stärke der Gewerkschaft beizutragen, ist ein gewissenloser Dieb am Gewerkschaftsrecht. Als solchen behandelt ihn. Er ist doppelt verächtlich, weil sich sein Tun gegen die eigene Klasse richtet. Zeigt solchen Parasiten, falls sie sich erfrechen, euch „gute“ Ratschläge zu erteilen, die Schmutzigkeit ihres Tuns. Und auch im Privatleben keinerlei Gemeinschaft mit ihnen! Denn sie sind Verräter eurer Interessen, Diebe an eurem Organisationsfleiß, ein Hemmschuh in eurem wirtschaftlichen Fortkommen!

Zurück zu den alten, gesunden gewerkschaftlichen Moralbegriffen! Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Der Feind im eigenen Lager ist der verächtlichste und gefährlichste. Und wer sein Freund ist, la ihn nur beachten, der begünstigt den Feind, er begeht Verrat an der eigenen Klasse, er ist sein eigener Feind. Und die wohlverdiente Verachtung, die die Hyänen des Wirtschaftskampfes trifft, fällt auch auf ihn! Mit Verrätern fraternisiert man nicht.

Das war früher die gewerkschaftliche Anschauung. Danach wurde gehandelt. Handelt wieder so!

Entscheidungen zu unseren Reichstari- verträgen.

Vertragsabschluss mit dem Deutschen
Buchdruckerverein.

Am 10. Februar fanden mit dem DDB. Verhandlungen statt, die den Neuausschluß des Mantelvertrages zum Ziel hatten. Im allgemeinen wurden die Abänderungen, die im Buchdrucker tarif eingetretten waren, auch auf unseren Tarif übertragen. Zu einer Verständigung führten diese Verhandlungen trotzdem nicht, da die Buchdruckunternehmer gerade in den Punkten Zugeständnisse nicht machen wollten, auf die unsere Vertreter besonderen Wert legen mußten. Die Verhandlungen wurden dann vertagt. In der Zwischenzeit hat eine Aussprache mit einem großen Teile unteres Tarifauschusses stattgefunden, und dann wurden die Verhandlungen mit den Unternehmern am 6. März fortgesetzt. Dabei handelte es sich um die Klärung der noch strittigen Punkte, und zwar um eine andere Fassung der Ziffer 1 des Vertrages, um die Aufnahme von Bestimmungen über die Heimarbeit und um Ziffer 4 des Vertrages, die die Entlohnung regelt. Die Unternehmer zeigten sich in den stundenlangen Verhandlungen zunächst völlig abgeneigt, irgendein Entgegenkommen zu zeigen. Bestimmungen über die Heimarbeit aufzunehmen lehnten sie ab, da für die für diesen Vertrag in Betracht kommenden Betriebe Heimarbeit wahrscheinlich überhaupt nicht vorkomme, und wo dies doch einmal ausnahmsweise der Fall sein sollte, dann könnte dies nur von so geringer Bedeutung sein, daß sich eine besondere Bestimmung im Vertrage nicht rechtfertige. Die Forderung auf eine andere Fassung der Ziffer 1 des Vertrages hatte seine Ursache in dem Bestreben einzelner Firmen, während der Vertragsdauer von der Verpflichtung zur Einhaltung des Vertrages freizukommen und sich einem anderen Vertrag zu unterstellen, der den Firmen größere finanzielle Vorteile bietet. Eine Änderung der Ziffer 4 des Vertrages war notwendig, nachdem die Entlohnung der graphischen Arbeiterschaft immer größere Differenzierungen zeigt, die nachgerade unhaltbar geworden sind. Die Unternehmer erklärten sich grundsätzlich bereit, einen Neuausschluß zugustimmen, ferner auch, eventuelle Änderungen, die bei der Reuberatung unserer Ende Juni ablaufenden Tarife beschlossen würden, auf den Druckereibuchbindertarif mit zu übernehmen.

Die Verhandlungen standen nach stundenlanger Dauer vor dem Abbruch und es bestand die Absicht, die strittigen Punkte dem Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung zu unterbreiten, als sich doch noch ein Weg fand, der zum Vertragsabschluss führte. Nachdem die Unternehmer erklärt hatten, daß keine Rede davon sein könne, irgendwelche Verschlechterungen einzuführen, einigten sich die Parteien in bezug auf die Streitpunkte auf die nachstehende Formel:

„1. § 1 des Reichstari für Buchdruckerbuchbinder vom 4. Juni 1924 wird in seiner Ziffer 1 dahin geändert:

Der Tarifvertrag gilt für alle Gehilfen und Buchbindereiarbeiterinnen in Buch- und Zeitungsdruckereien. Er gilt nicht für diejenigen Buch- und Zeitungsdruckereien, die durch Zugehörigkeit zu einem anderen Verbands zur Zeit dieses Vertragsabschlusses einem anderen Tarife unterliegen.

2. Die im neuen Deutschen Buchdrucker tarif vom 20. Januar 1925 vorgenommenen Änderungen der bisherigen tariflichen Bestimmungen finden, abgesehen vom § 4 des Tarifes, auf den neuen Reichs-

tarif für Buchdruckereibuchbinder entsprechende Anwendung. Der Wortlaut der sich hieraus ergebenden Abänderungen wird von einer Redaktionskommission festgelegt.

3. Der nach den Ziffern 1 und 2 neu zu formulierende Reichstaxtarif für Buchdruckereibuchbinder tritt mit dem 7. März 1925 in Kraft und läuft bis zum 28. Februar 1926. Wird er nicht zwei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt, so läuft er stets mit der gleichen Kündigungsfrist auf drei Monate weiter.

Der Arbeitsmarkt im Februar

zeigt wiederum, wie im Vormonat, einen sehr günstigen Stand. Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter um 300, die der Kurzarbeiter um 200 gesunken. Es waren somit am Stichtage nur 425 = 2,4 Proz. männliche und 915 = 2,4 Proz. weibliche Arbeitslose vorhanden. Dazu kamen noch 343 = 2,0 Proz. männliche und 601 = 1,8 Proz. weibliche Kurzarbeiter, so daß insgesamt 2284 = 4,1 Proz. von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen waren. Auch waren diesmal nur 12 Orte, die für Kurzarbeit in Frage kamen, während im Vormonat noch in 26 Orten verkürzt gearbeitet wurde.

Die Zahl der Mitglieder hat sich weiter um 1500 gehoben und betrug am Stichtag 55 985, darunter 17 700 oder 30 Proz. männliche.

Eine neue Belastung der Massen.

Im Gesamtbild der sogenannten Steuerreformen nimmt der Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern und Gemeinden eine herausragende Stellung ein. Bekanntlich ist mit der viel besprochenen Erbschaftsteuerreform vom Frühjahr 1922 die Steuerhoheit von den Ländern und Gemeinden auf das Reich übergegangen. Das Reich war früher auf die Einnahmen aus den Zöllen und einzelnen indirekten Steuern, ferner aus den Ueberschüssen der Reichsbetriebe (Post, Telegraphie und der Eisenbahn in Elbsch-Lothringen) angewiesen. Bei eventuellen Fehlbeträgen wurden die benötigten Summen auf Grund der Matrularbeiträge, auf die Kopfzahl der Bevölkerung in den Bundesstaaten berechnet, erhoben. So übten die reaktionären Einzelstaaten mit ihren Klassenwahlsystemen eine starke Kontrolle über die Finanzen des Reiches aus. Das Reich war Kostgänger der Länder und Gemeinden, während dies jetzt umgekehrt der Fall ist. Die reaktionären Parteien haben immer gegen das System Erbschaftsteuer gewettert, um es jetzt, wo sie in der Reichsregierung sitzen, als vortreffliche Einrichtung zu verteidigen.

Der Finanzausgleich geschah bisher in der Form, daß den Ländern und Gemeinden namhafte Prozentanteile von den Einnahmen einzelner Steuern überwiesen wurden. So erhielten letztere nach der dritten Steuerreformverordnung von der Einkommen- und Körperschaftsteuer 90 Proz. Diese Leistung soll hinfür betragen: Reich 25, Länder und Gemeinden 75 Proz. Von der Umsatzsteuer erhalten Länder und Gemeinden anstatt wie bisher 30 Proz. für die Folge nur 20 Proz. Die ausfallenden Beträge sollen von den Ländern und Gemeinden durch Zuschläge ausgeglichen werden.

Die Zuschläge sollen in erster Linie von der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben werden. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn soll ebenfalls der Auslieferung von Zuschlägen unterliegen. Die Zuschläge sollen in ihrer Höhe unbegrenzt sein, jedoch soll die reichsrechtlich festgelegte Progression der Steuerhöhen bestehen bleiben. Den zuschlagelastigen Ländern und Gemeinden wird hierdurch Tür und Tor geöffnet. Hinzu kommt, daß die ärmeren unter ihnen die Zuschläge über das übliche Maß hinaus festsetzen, während die reicheren sich Beschränkungen auferlegen können. Wenn also der Steuerabzug vom Arbeitslohn ausdrücklich als zuschlagspflichtig erklärt ist, dann nicht die Kapitalertragssteuer. Diese reine Besitzsteuer soll nicht angestastet werden. Die Ergebnisse dieser Steuer sollen nicht bedeutend genug sein, um die Nachteile für die erwünschte Neubildung des Vermögens auszugleichen. Eine arbeitgeberfeindliche Maßnahme ist noch von keiner Regierung seit Bestehen des Reiches getroffen worden. Nach dazu mit der faden Begründung von dem Schutze der neuen Vermögensbildung, als wenn die Lagen Einkünfte der Arbeiter,

Angestellten und Beamten nicht eines noch größeren Schutzes bedürftig wären.

Ein weiteres Brachstück reaktionärer Steuerreform ist die durch den Finanzausgleich verewigte Hauszinssteuer. Hierbei geht man von der Voraussetzung aus, daß die Mieten alsbald in voller Höhe der Vorkriegszeit erhoben werden. Die Hauszinssteuer beträgt nach wie vor 40 Proz. Hieron sollen 10 Proz. zur Förderung der Bautätigkeit und 10 Proz. für den Hauseigentümer zur Verzinsung des Eigenkapitals und der aufgewerteten Hypotheken verbleiben. 20 Proz. verbleiben den Ländern und Gemeinden. Damit wird die Hauszinssteuer für eine lange Zeit bleiben, jedoch dient sie zu einem großen Teil zur Bereicherung der Hausbesitzer.

Der Finanzausgleich der Reichsregierung zwischen Reich, Länder und Gemeinden wurde demnach zum Finanzausgleich zwischen Besitzern und Besitzlosen, nur daß er sich weiter zugunsten der Besitzlosen verschoben hat. Welcher Arbeiter will sich das gefallen lassen?

Zum Abschluß des Eisnarbeiterstreiks.

In Nr. 10 der „Buchbinder-Zeitung“ vom 1. März ist der Schiedsspruch veröffentlicht, den das Reichsarbeitsministerium durch seinen Schlichter gefällt hat. Es muß gesagt werden, daß uns die Annahme dieses Schiedsspruches sehr schwer gemacht wurde, weil er offenbar zwei Ungerechtigkeiten enthält:

1. Alle Orte der 3. bis 6. Klasse erhalten einen Lohnnachschuß von 5 Proz. gegenüber den Löhnen, die nach dem vereinbarten Schema gezahlt werden müßten.
2. Die Zweiteilung der Steigerung der Löhne.

Der maßgebende Grund, den die Arbeitgeber für eine solche Regelung anführten, war, daß die Eisnarindustrie vorwiegend Exportindustrie sei und die Exportartikel würden in den Orten der 3. bis 6. Klasse gemacht, während in den Städten der Ortsklasse 1 und 2 Arbeiten für den Platz hergestellt werden. Daraus sollte hervorgehen, daß die für den Platz hergestellten Artikel auch höhere Löhne verdienen. Von Eisenberg wissen wir, daß neben den Aufträgen für den Export auch heute in größerer Zahl Aufträge für deutsche Auftraggeber hergestellt werden, und in vielen Betrieben überwiegt das Inlandgeschäft bei weitem das für das Ausland. Selbst wenn in den Betrieben, die in den Städten der Ortsklasse 1 und 2 liegen, Inlandgeschäft in Frage kommt, was nur bedingt richtig ist, dann setzt man aber doch voraus, daß der Konkurrenzkampf nicht auf Kosten der Arbeitslöhne geführt werden kann.

In Eisenberg ist das oft anders. Da werden von den Firmen zum Teil Preise abgegeben, bei denen man sich fragen muß, wie sollen davon Löhne, Material und Spesen gedeckt werden. Man windet sich und läßt sich schinden, nimmt aber die Aufträge an, obwohl man weiß, daß anderwärts höhere Preise gezahlt werden müssen. Man kann doch an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß in Orten, die viel ungünstiger liegen als Eisenberg und die in bezug auf die Zahl der Beschäftigten viel bedeutungslos sind, die Löhne nach dem Schiedsspruch vom 17. November 1924 gezahlt wurden. Und in diesen Orten wird genau dieselbe Arbeit für Inland- und Ausland hergestellt wie in Eisenberg.

Welcher Eindruck wird denn hervorgerufen, wenn im Rundschreiben Nr. 1 vom 19. Januar 1925 Herr Dr. Hillenbrand im Auftrage des Reichsverbandes schreibt:

„Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der Preiskommission die Preise und Konditionen des Verbandes bis auf weiteres unverändert in Geltung bleiben und von allen Mitgliedern genau eingehalten werden müssen.“

Im Rundschreiben Nr. 2 vom 18. Februar 1925 nennt Herr Dr. Hillenbrand den Streik in Eisenberg und Rathenow einen verdienstvollen Kampf, den die Herren Arbeitgeber führen. Wenn die Preise und Konditionen für alle Firmen gelten, und wenn man außerhald Eisenbergs und Rathenows in der Lage ist, daraufhin die Löhne nach dem Schiedsspruch vom 17. November 1924 zu zahlen, dann müßten sie auch in den genannten beiden Orten gezahlt werden können. Ueber den „verdienstvollen Kampf“ können weit besser die Herren Arbeitgeber berichten, was er ihnen eingebracht hat, selbst wenn sie bis zu 4000 Mk.

Streikenschädigung pro Monat erhalten haben. Für uns stand fest, daß es ein Machtkampf war. Das haben Arbeiter und Arbeiterinnen erkannt. Wie hätte man sonst der Arbeiterschaft einen Abzug von 10 Proz. vom Lohne zumuten können, wo in anderen Industrien Lohnerhöhungen erfolgen. Die Macht der Arbeiterschaft sollte gebrochen werden, kein Wort der Widerrede wollte man dulden.

Dieser Standpunkt der Arbeitgeber wurde erschüttert durch die Geschlossenheit der Eisenberger Eisnarbeiterchaft, die vom ersten bis zum letzten Tage des Streiks anhielt.

In materieller Beziehung sind wir leider nicht so auf unsere Rechnung gekommen, wie wir das gewünscht haben. Wir haben alles für und wider die Fortsetzung des Streiks erwogen und kamen mit Majorität zu dem Beschlusse, den Streik aufzuheben und den Schiedsspruch anzunehmen. Für uns handelt es sich nun darum, die Ungerechtigkeit, die den Kollegen und Kolleginnen in den Orten der 3. bis 6. Ortsklasse zuteil wird, wieder zu beseitigen. Wir sind entschlossen, den Weg der Verständigung zu gehen. Wenn wir aber dabei nicht auf unsere Rechnung kommen sollten, dann hat wieder die Kollegenschaft das letzte Wort.

Aus Rathenow erhalten wir folgenden Bericht: In der Streikabschlusssammlung berichtete Gauleiter v. d. Reith ausführlich über den vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch. Die darauf einsetzende Diskussion war sehr erregt. Sehr scharf wurde das Verhalten der Vorsitzenden geißelt. Was wir am 3. Februar in Potsdam verhinderten, haben die Vorsitzenden durch die Annahme ihres Schiedsspruches zuwege gebracht. Dadurch hat unser Kampf einen schweren Schlag erlitten. Nachdem v. d. Reith auf die Situation in Eisenberg hingewiesen, wurde der Streikabbruch mit 197 gegen 49 Stimmen beschlossen. Eine Entschließung: „Die heutige Versammlung der Streikenden nimmt Kenntnis von dem gefällten Schiedsspruch und bebauert aufs äußerste das geringe Ergebnis. Lediglich in Hinblick darauf, daß das Reichsarbeitsministerium einen Spruch für das ganze Reich gefällt hat, findet derselbe Annahme“, wurde einstimmig angenommen.

In seinem Schlusswort betonte v. d. Reith, daß noch kein Streik, den er geführt hat, in solch muster-gültiger Weise zur Durchführung kam wie der unsere. Wenn man berücksichtigt, daß bei Beginn desselben 40 Proz. der Beschäftigten keiner Organisation angehörten und es gleich am ersten Tage gelang, die Betriebe leer zu machen und bis zum Schlusse rein zu halten, dann muß man sagen, daß in der Rathenower Eisnarbeiterchaft ein guter Kampfgeist herrscht, gestärkt durch die Verschleppungspolitik der Unternehmer.

Bei Beginn des Streiks waren von 420 in den Eisnarbetrieben Beschäftigten im Buchbinderverband 165, in anderen freien Verbänden 46 und im D.-S. Gewerbetarife 33 organisiert. Am ersten Streiktag gewannen wir 99 Mitglieder. 24 Kolleginnen und Kollegen nahmen anderweitig Arbeit an. 20 reisten ab. Daß es uns gelang, am ersten Tage die Betriebe leer zu machen, ist nur der richtigen Organisation zuzuschreiben. Hat doch ein Unternehmer bei den am 24. Februar gepflogenen örtlichen Verhandlungen gesagt: „Bei mir hat nur der Funktionär und ein Mitglied gestreikt, die anderen sind herausgeholt worden.“ Dabei beschäftigt dieser Unternehmer 40 Personen.

Auch bei diesem Streik hat sich die Kampfesweise unserer „Leberradikalen“ so richtig gekennzeichnet. Ueber die am 4. Februar stattgefundene Versammlung, die das beschriftete Ultimatum beschloß, brachte die „Rote Fahne“ Nr. 38, Ausgabe B, einen ganz verlogenen und verbeihenden Bericht. Unter anderem wurde die örtliche Zeitung mit Rosenamen wie „Sozialdemokratische Sumpfbüchse“, „Patentsozialist“, „vor dem Unternehmer auf dem Bauch rutschen“ belegt. Dieser Artikel fand großen Beifall bei den Eisnarfabrikanten. Als in der Streikversammlung am 15. Februar diese Berichterstattung richtig gekennzeichnet wurde, stellte es sich heraus, daß der Kollege, der den Bericht verfaßte, nicht einmal organisiert war. Wieder ein Beweis, wie unsere lieben Brüder von links Arbeiterinteressen vertreten.

UNSERE JUGEND

Das sagt man nicht!

Ich was, mein Junge, halt einmal still:
 Man sagt niemals, man könne was nicht!
 Der Mensch kann alles, wenn er will!
 Den' mal umher, rundum umher:
 Was nicht in Feld und Garten gewachsen,
 Was nicht von Anfang an schon war,
 Und wär' es dir noch so unergründlich,
 Unerfährlich und unerfindlich,
 Es ist doch nur immer von den Menschen gefont...
 Und nichts ist wo vom Himmel gefallen
 Oder durch Wunder zustande gebracht...
 Es ist alles immer vom Menschen erdacht
 Und gemacht!
 Von Menschen wie ich und von Menschen wie du
 Und immer nur mit ganz einfachen Mitteln
 Ohne jegliche Hezerei...
 Und das ist das wirkliche Wunder dabei:
 Nur der Wille, zu wollen, gehörte dazu!
 Also, mein Junge, man macht kein Gesicht
 Und sagt nie mehr, man könne was nicht!
 Cäsar Blaischlen.

Zur Schulentlassung.

X. Zu Ostern werden in die proletarische Armeel Tausende junger Arbeitskräfte eingereiht. Je nach ihren Kenntnissen, geistigen Fähigkeiten und Neigungen werden sie sich in alle Berufswege verstreuen. Ein großer Teil, sicher der überwiegende, wird auf Lohnverdienst angewiesen sein. In den Arbeiterfamilien ist Schmalhans ständig Küchenmeister, da heißt es oft schon von der frühen Jugend auf mitzudienen und zum Unterhalt beitragen. Die Jugendzeit der Arbeiterkinder ist in sehr vielen Fällen alles andere, nur nicht rosig. Die Beschäftigung der schulpflichtigen Kinder bei Heimarbeit und sonstigen Nebenverdiensten ist trotz der gesetzlichen Einschränkungsbestimmungen noch sehr verbreitet.

Nun treten viele in das Erwerbsleben über, Jungen und Mädels. Auch in unserm Berufe, der Papier- und Pappenerarbeitungsindustrie, ist namentlich die jugendliche Arbeiterin sehr gesucht. Sie kommt für den Fabrikanten als billige Arbeitskraft in Frage, die ja bekanntlich den Vorzug vor älteren, teureren Arbeiterinnen hat. Unser Verband hat auch für die jugendlichen Arbeiterinnen die Entlohnung tariflich geregelt und Mindestlöhne mit den Unternehmerorganisationen vereinbart, unter denen nicht bezagt werden darf. Die Tarifbestimmungen dehnen sich auch auf die Ferien und die Feiertagsbezahlung aus. Es besteht also auch ein Schutz durch die Gewerkschaft für diese unsere jungen Kolleginnen. Die gewerkschaftliche Organisation kann aber nur dann ihren Verpflichtungen vollauf gerecht werden, wenn auch die jugendlichen Arbeiterinnen Mitglieder werden und mit ihren älteren Kolleginnen gemeinsam ihre Interessenvertretung stärken.

Unsere älteren Verbandskolleginnen müssen sich deshalb angelegen sein lassen, die jungen, aus der Schule entlassenen Mädchen beim Eintritt in die Arbeit für unsern Verband als Mitglied zu gewinnen. Sie sollen ihnen mit gutem Beispiel vorangehen, damit aus der Jugend tüchtige Mitarbeiterinnen für unsere gerechte Sache werden. Sie müssen den jungen Menschen an die Hand gehen und dürfen nicht hochfahrend gegen sie sein. Auch unsere älteren Verbandskolleginnen hat es Freude bereitet, wenn sie von den länger Beschäftigten bei ihrem Eintritt in den Betrieb in der Erlernung der Arbeit unterstützt wurden. Sei hilfreich zu den jugendlichen, das ist die erfolgversprechendste Unterstützung für die gewerkschaftliche Organisation.

Jugend und Organisation.

Wenn die Jugend etwas von einer Organisation zu hören bekommt, wird sie immer an einen gewissen Zwang denken. Daß aber die Jugend ebenfalls die Pflicht hat, sich zu organisieren, daran denken die wenigsten jugendlichen Arbeiter. Tritt nun ein Jugendlicher in einen unserer Betriebe ein, dann fragt er gewöhnlich niemand, wo er sich einer Gewerkschaft anschließen kann. Wird er nun von einem Funktionär nach Name, Wohnort und nach dem Geburtsdatum befragt, so sieht der Befragte den Frager gewöhnlich groß an und erkundigt sich nach dem Zweck der Fragen. Wenn er nun die Antwort erhält, daß diese Feststellung gebraucht wird, um ihn bei der Organisation anzumelden, so denkt der Jugendliche meist nicht rosig über diese. Ihm fehlt der Grundbegriff, er hat so oft keine Ahnung vom Bestehen der Gewerkschaften, noch weniger von deren Bedeutung. Um nun den jungen Kollegen über den Wert einer Organisation aufzuklären, müssen wir dies an Hand von Beispielen, deren es doch in letzter Zeit wirklich nicht mangelt, tun. Doch dies bezieht sich nicht nur auf die Gewerkschaft, sondern auch auf die Sport-, Turn- und Jugendvereine. Vielfach waren diese Jugendlichen während der Schulzeit in den Kindergruppen der bürgerlichen Turn- und Sportvereine, wo es wurde vom Pastor mit allen möglichen Mitteln versucht, die Jugend von den Arbeitervereinen fernzuhalten.

Wenn nun die Jugend mit der Arbeiterbewegung vertraut gemacht werden soll, dann kann dies natürlich nicht mit einem gewissen Druck geschehen. Auch die Taktik muß erwoogen werden, damit die Jugend den Arbeiter-Sport-, Turn- und Jugendvereinen zugänglich gemacht wird. Es muß gezeigt werden, daß auch in den Arbeitervereinen Disziplin und Ordnung herrscht. Mit einem Worte gesagt: will man die Jugend an unsere Bewegung fesseln, dann bedarf dies schon etwas Sorgfalt und Mühe; niemand darf bei der Agitation erlahmen, denn es ist zu bedenken, daß viele der jungen Leute von ihren Erziehern — damit sind nicht immer nur die Eltern gemeint — falsch erzoogen worden sind. Deshalb ist es sehr schwer, sie am Anfang nur durch wissenschaftliche Vorträge für uns zu gewinnen. Hier würde es ratzamer sein, sie durch Spiel, Unterhaltung und Wandern zu fesseln, um sie für unsere Bewegung zu interessieren. Erst wenn der Winter kommt und eine gewisse Vorbildung bereits vorhanden ist, kann mit wissenschaftlichen Vorträgen begonnen werden. Deshalb, Kollegen! Frisch ans Werk, zur Heranbildung von Kämpfern für die Befreiung der Arbeiterklasse!

Schafft überall Jugendgruppen!

Alfred Hellwig.

Arbeit.

Ein Wort zum Nachdenken für unsere Jugend. Die Arbeit ist der Kernpunkt, um den sich das menschliche Dasein dreht. Menschheitsleben ist nicht denkbar ohne Arbeit. Solange Menschen auf Erden sind, gibt es Arbeit, und nur seitdem Arbeit ist, war der Mensch. Durch die Arbeit wurde das tierische Wesen zum Menschen. Durch die Arbeit wurde menschliche Entwicklung.

Beschäftigung kennen auch die Tiere. Unbewußt und instinktiv ist ihr Treiben. Die Arbeit des Menschen aber ist der Ausdruck des Bewußtseins. Als der Mensch vor Millionen von Jahren zum ersten Male ein Werk, sein schlichtes erstes Werk, schuf, da trat zum ersten Male das im Keime in die Erscheinung, was das geistige und sittliche Wesen des Menschen später ausmachen sollte: der Wille, das Bewußtsein vom eigenen Ich, die Persönlichkeit. Da trat aber auch zum ersten Male in die äußerliche Erscheinung das Verbindende, das Zusammengehörige, das Menschen-Gemeinsame. Denn allein, ohne die Einwirkung von mitlebenden Wesen, hätte der Mensch niemals sein erstes Werk, seine erste schlichte Arbeit fertig gebracht. Diese grundlegende Bedeutung des

Zusammenseins zum Werden des Menschen, zur Entstehung des Bewußtseins, zur Leistung der ersten Arbeit wird von der Wissenschaft heute allgemein anerkannt.

Die Arbeit ist eine soziale Erscheinung, und auch der kleinste Kreis des Zusammenseins, die Familie, ist bei ihrem ersten Entstehen nur Arbeitsgemeinschaft. Aus Arbeit ward der Mensch und aus dem Bewußtsein des Menschen ward die Arbeit, aber Mensch und Bewußtsein und Arbeit sind untrennbar vom Sozialen, vom Zusammensein. Zum Wesen der Arbeit gehört die Gemeinschaft.

Je höher darum die Gemeinschaft, um so tiefer erfüllt die Arbeit ihren Sinn, um so erhabener kommt der Mensch in der Arbeit zum Ausdruck. Eine Wirtschaft, die nicht das volle Daseinsrecht des Schaffenden anerkennt, macht die Arbeit zum Selbstzweck der wirtschaftlich Mächtigen. Doch sie soll Gemeinschaft sein. Sie soll Freiheit sein. Sie soll Freude sein. Je mehr der Schaffende solche Gefühle des sozialen Bewußtseins hineinlegt in sein Werk, um so reiner ist die Arbeit hinaufgewachsen in ihren ursprünglichen sozialen Sinn, um so mehr trägt sie den Charakter natürlicher Sittlichkeit.

Der Kampf um das Arbeitsrecht und die wirtschaftliche Existenz ist darum ein Stück des Ringens um eine praktische Ethik der Arbeit. Der Kampf um das Recht des arbeitenden Menschen ist darum im Sinne einer Veredelung des Lebens sittliche Pflicht.

Dankbare Jugend!

Eine seltene Freude wurde vor einiger Zeit unserem Kollegen L. in Chemnitz zuteil. Ein in der Fremde sich befindender junger Chemnitzer Kollege betätigt sich an seinem sehnigen Orte in der Jugendbewegung und schreibt seinem Lehrer L. nachstehenden herzzerreißenden Brief:

Werter Kollege L.!

Erstaunt werden Sie sein, daß Sie einmal von mir Nachricht erhalten. Ich habe jetzt hier einen kleinen Kreis, den ich mit den Richtlinien, mit dem Geiste, wie Sie ihn mir zuerst beibrachten, begeistere. Und bei allen diesen Arbeiten kam mir der Gedanke, daß Sie es wären, der mich richtig geführt hat und daß ich Ihnen dafür zum Danke verpflichtet bin. Dem möchte ich hierdurch Ausdruck geben. Doch soll Sie dieser Dank nicht mit Stolz erfüllen, sondern mögen Sie in dieser schweren Arbeit der Jugendbewegung weiter so rüstig arbeiten.

„Undank ist der Welt Lohn.“ An mir sollen Sie das Gegenteil erfahren. Wenn es auch wenige sind, die diese Richtlinien, diese Erziehung in die Tat umsetzen, so wiegen sie doch doppelt schwer. Wir sind die Jungen, auf uns sehen die Väter die Hoffnung. Möge ihnen die Zeit noch vergönnt werden, wo die Saat zur Frucht gereift ist.

Wir Jungen, wir kämpfen weiter für das, was die Väter begonnen, wollen uns würdig zeigen als Streiter, bis daß die Knechtschaft zerrennen.

So grüße ich Sie sowie alle die Kollegen, die mich kennen, Ihr jederzeit dankbarer

R. H.

Unsere jugendlichen kann die Anschauung des Briefschreibers zur Nachahmung nur empfohlen werden.

Sinnpruch.

Ruhe deine jungen Tage,
 lerne zeitig klüger sein:
 Auf des Glückes großer Wage
 steht die Junge selten ein.
 Du mußt herrschen und gewinnen
 oder dienen und verlieren,
 leiden oder triumphieren,
 Ambach oder Hammer sein.

Goethe.

Gustav Eißler - Otto Sillier - Jan Sajal.

Der Allbezwingler Tod räumt unter den Arien der Arbeiterbewegung mächtig auf. Mit Jan Sajal, Otto Sillier und Gustav Eißler sind drei Veteranen unserer Bewegung dahingegangen...

Gustav Eißler hat dreißig Jahre im Hauptvorstand des Buchdruckerverbandes als Verbandstafelierer gewirkt. Vorher war er bereits Vorsitzender des Breslauer Ortsvereins der Buchdrucker...

Otto Sillier verstarb am 4. März nach längerer Krankheit im Alter von 67 Jahren. Sillier war Mitbegründer des Verbandes der Lithographen und Steinbrucker und während 28 Jahren dessen Hauptvorsitzender...

Jan Sajal war lange Jahre Redakteur des Verbandsorgans des sächsischen Buchbinderverbandes „Anhaltische Obzor“. Er starb am 10. Februar im Alter von 57 Jahren. Sajal war seit 1890 in der Arbeiterbewegung, speziell der Buchbinderbewegung der Tschechoslowakei, unermüdet tätig.

Alle drei boten besonders den ihnen nahestehenden Arbeitergruppen ein gutes Vorbild treuer und aufopferungsfreudiger Gewerkschaftsarbeit. Ein über das zeitliche Leben hinausgehendes wohlverdientes Andenken ist ihnen gewiß.

Kulturarbeit und Gewerkschaften.

In dem viel besungenen und beschriebenen Thüringen liegt in einem Tale der Eißler die Stadt Gera. Kulturhistorisch mag Gera nicht so bedeutend sein wie Weimar und Jena. Zur Umgebung Geras gehört u. a. das Dörfchen Tinz. Ein friedliches Stück Erde, von dem in unserem großen Deutschland wenig oder gar nicht gesprochen wird.

Dennoch hat Tinz für uns Arbeiter eine besondere Bedeutung. Aus der Reihe kleiner Häuser hebt sich das Schloß Tinz stolz empor, ein Zeichen vergangener Herrlichkeiten. Von hier aus mögen in früheren Zeiten die Fürsten ihre Macht entfaltet haben. Aber die Epoche des Despotismus und Militarismus gehört der Geschichte an. Die Revolution von 1918 hat die letzten Machthaber dieses schon längst unmodernen Systems beseitigt. Die Schloßler unserer ehemaligen Fürsten sind heute dem Volke geöffnet und dienen zum Teil sozialen Einrichtungen. So nur war es möglich, die Besingung des Fürsten Reuß, das Schloß Tinz in eine Heimvolkshochschule umzuwandeln. In alljährlich zwei Kursen zu je 50 Schülern ist dem noch Wissen hungernden Proletariat Gelegenheit gegeben, den Sozialismus zu studieren und nach Möglichkeit unter die Arbeiterschaft zu tragen. Aus allen Randteilen kommen die Lernbegierigen nach Tinz, besetzt von dem großen Gedanken der Befreiung des Proletariats aus der Lohnsklaverei einer unbarmerherzigen Gesellschaftsklasse. Das demokratische Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern ermöglicht es allen Besuchern, den großen Anforderungen gerecht zu werden. Das geistige Auge zu schärfen, ist die Kultur- aufgabe der Heimvolkshochschule in Tinz.

Wenn alle Gewerkschaften, so auch unser Verband, Kollegen und Kolleginnen nach Tinz entsenden, dann ist diese Einrichtung von großer Bedeutung. Doch wird sie leider von unseren Mitgliedern viel zu wenig geschätzt. Durch die Errichtung von Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen werden wir eine Kulturbewegung. Jene Kollegen und Kolleginnen, die in unserem Verbands nur eine Tarifrmaschine und eine Unterstützungskasse sehen, mögen versuchen, neben der wirtschaftlichen auch die kulturelle Aufgabe unserer Gewerkschaften zu erfüllen. Es ist selbstverständlich: Nur eine in gesunden Wohnverhältnissen lebende Arbeiterschaft ist in der Lage, sich geistig zu entwickeln.

Um aber diese Befundung, die die Grundlage allen geistigen Lebens ist, ermöglichen zu können, ist die Zusammenfassung aller Kräfte dringend notwendig. Solange aber ein großer Teil unserer Mitglieder indifferent beiseite steht, ist die Erreichung menschenwürdiger Löhne — was meiner Auffassung nach den Anfang der Befreiung des arbeitenden Volkes darstellt — niemals möglich. Durch lange Arbeitszeit und niedrige Löhne sucht das Unternehmertum das Dasein des Arbeiters zu ersticken. Denn wehe jenen Herrschaften, wenn das Proletariat erwacht! Diese Lasten werden von unseren Gegnern mehr gefürchtet, als sie von den Mitgliedern beachtet wird.

Was haben wir nun als vorwärtstrebende Menschen auf Grund dieser klaren Erkenntnis zu tun? Die erste Voraussetzung ist die Organisierung aller Berufsangehörigen, Beseitigung des Bruderkampfes und der damit verbundenen Zersplitterung in keine unscheinbare Verbände. Die letzten Jahre waren ausgefüllt von hartem Kampf innerhalb unserer Organisationen. Ob dieser Kampf, der meistens von Mitgliedern geführt wurde, die die Ideen der Arbeiterbewegung wenig oder gar nicht erfaßt haben, berechtigt oder unberechtigt war, will ich dem Urteil der Geschichte überlassen. Aber etwas darf wohl schon heute behauptet werden: Ein ehrlicher Kritiker dient seiner Organisation nicht, wenn er ihr den Rücken kehrt, sondern wenn er den Mut hat, seine auf Grund klarer Erkenntnis erworbene Überzeugung zum Ausdruck zu bringen. Es wäre traurig um uns bestellt, wenn wir aufhören wollten, unsere Verbände zu vervollkommen. Kritik wird und muß es geben, aber es kann nur berechtigte Kritik sein. Unsere Mitgliederveranstaltungen müssen erfüllt sein vom Geiste der Vernunft und dem Willen zur praktischen Arbeit. Ist dieser Wille zur Tat genügend in uns eingedrungen, dann haben wir den bedeutendsten Schritt getan.

Matthies, Tinz.

Berichte.

Bielefeld, Hannover, Braunschweig. Am 25. und 27. Februar referierte der Verbandsvorsitzende Gaurich in den drei genannten Zählstellen über: Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit des Verbandes.

In Bielefeld war die Versammlung gut besucht, während der Besuch in Hannover und Braunschweig zu wünschen übrig ließ. Gaurich führte einleitend aus, daß die Anforderungen, die in gegenwärtiger Zeit an die Gewerkschaften gestellt werden, viel weitgehender sind als in der Vorzeit. Das resultiere aus den ganz wesentlich veränderten Verhältnissen. Die wirtschaftlichen Mächte, das Industrie- und Handelskapital, sind in weit höherem Maße als ehedem ausschlaggebend für das politische Geschehen unserer Zeit. Die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, müssen das Gegengewicht gegen die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums bilden und gleich die dieses durch ihre Kraft und Macht auf wirtschaftlichem Gebiete einfließen auf die Politik zu gewinnen suchen. Wer also wolle, daß die Gewerkschaften und damit auch unser Verband über die Fragen der Vorsegerhaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinaus Einfluß gewinnen, sei verpflichtet, auch diejenigen Voraussetzungen zu schaffen, die zur Erreichung des angestrebten Zieles erforderlich wären.

Als erstes Erfordernis bezeichnete er die weitere Deutung der Mitgliederzahl des Verbandes. Rund 55 000 bis 60 000 Berufsangehörige stehen der Organisation noch fern, die an den Verband heranzubringen und in ihm zu erhalten eine absolute Notwendigkeit sei. Die vorhandenen und die neu zu gewinnenden Mitglieder müßten aber auch gewerkschaftlich erzogen und durchgebildet werden. Die Erkenntnis ihrer Klassenlage den Berufsangehörigen beizubringen, sei absolut notwendig, sollen sie als Kämpfer gebraucht werden können. Freiwillige Einordnung und Unterordnung in die selbstgegebene Verbandsorgane, die Ausübung von Solidarität und Kollektalität in beruflicher Tätigkeit wie auch im Verbandsleben verfaßte der Organisation Achtung und Anerkennung bei den Berufsangehörigen. Liebe und Hingebung zum Verband sei notwendig, um die Opferbereitschaft anfordern zu können, die erforderlich ist, um dem Verband nicht nur die Beiträge zu geben, sondern auch die ganze Persönlichkeit in dessen Dienst zu stellen. Denn je größer der Opfergeist der einzelnen Mitglieder sein würde, je größer wäre auch deren Kampfbereitschaft und die daraus fließenden Erfolge. Die Mitglieder müßten auch einzubringen versuchen in die Vorgänge des Wirtschaftslebens. Das Studium der einschlägigen Literatur sei erforderlich, um die Zusammenhänge der Wirtschaft begreifen zu können. Den Betriebsräten sei, wenn sie nur ihre Aufgaben mit dem vollen Ernste ausfüllen, ein großes Betätigungsfeld gegeben. Mit ihrer Hilfe müßte die Wirtschaftsdemokratie in die Wege geleitet werden. Sollte die Arbeiterschaft ihr Ziel der gemeinschaftlichen Produktion und die entsprechende Verteilung und Verwendung der erzeugten Güter herbeiführen, müße sie auch mit entsprechender Bildung ausgestattet sein. Die Gewerkschaften und damit auch unser Verband seien beauftragt, den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich zu bilden und das Nützlich für den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete zu schaffen. Erfüllen die Mitglieder ihre volle Pflicht in ideeller und materieller Art im Hinblick auf die großen Aufgaben, die den Gewerkschaften gegeben sind, so schloß Kollege Gaurich, wird auch unser Verband wie die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen nicht versagen. Denn den Organisationen wohnt kein Feind mehr Kraft inne, als die einzelnen Mitglieder ihnen zur Verfügung stellen.

Leipzig. In der am 2. März stattgefundenen Generalversammlung gedachte Gaurich zunächst der verstorbenen Mitglieder und des Reichspräsidenten. Die Erhebung der Bestrebungen erfolgte in der höchsten Weise. Gaurich erstattete den Bericht über das verfloßene Jahr. Er konnte darauf verweisen, auf Einzelheiten einzugehen, da ein gedrucker Jahresbericht von 1923 und 1924 vorlag. In kurzen Zügen freiste er die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Inflation auf unser Gewerbe sowie auf die Organisation und die damit verbundenen Opfer, Anstrengungen und Arbeiten. Im Jahre 1924, im Zeichen der Stabilisierung und des Aufbaues, war der Beschäftigungsgrad der einzelnen Berufsgruppen verschieden. Besonders schlecht beschäftigt waren Buchbinder, Geschäftsbuch- und Briefumschlagbranche. Erst im letzten Quartal zeigte ein guter Beschäftigungsgrad ein, während die Kartonnagen- und Zugschloßpapierbranche das ganze Jahr eine stetige Beschäftigung durchgenossen. Das Unternehmertum glaubte die für es günstige Situation noch weiter für sich ausnützen zu können und die Arbeiterschaft bei niedrigem Lohn weiter hungern zu lassen. Doch der alte Kampfgeist der Kollegenschaft war erhalten geblieben. Der Solidaritäts- und Organisationsgedanke hatte sich wieder durchgerungen und befestigt, und so konnten die Lohnforderungen durch Streik zum Siege geführt werden. Der Mitgliederstand hat sich wieder auf 7000 erhöht. Die Arbeiten der Zahlstelle zeitigen günstige Resultate. Finanziell ist die Zahlstelle auf der Bahn der Befundung, gestützt durch das Wachsen der Mitgliederzahl. Das Fundament in unserer Zahlstelle ist wieder geschaffen, helfe jeder mit, sie zu festigen. Der Arbeiterschaft zum Aus, dem Unternehmern zum Trug. Welcher berichtete kurz über den Kassenstand, der auch im gedruckten Jahresbericht seine entsprechende Würdigung fand. Dönitz erstattete einen kurzen Kartellbericht und Gaurich sprach über die Beitrags- und Jugendfrage. Für diese Bewegung wurde eine Kommission gewählt. Dann erfolgte eine Aussprache über die eingegangenen Anträge und Vorschläge zur Ortsverwaltung. Eine Funktionärerversammlung hat mit übergrößer Mehrheit beschlossen, daß die alte Ortsverwaltung wieder kandidieren solle. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, eine Einheitsliste aufzustellen. Zwei Ortsverwaltungsmitglieder erklärten, eine gemeinsame Arbeit abzulehnen, da sie von den Moskauern keine eifrige Gewerkschaftstätigkeit erwarten. Ein Antrag, zwei Listen zur Urwahl zu stellen, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag, die Zahlstelle solle sich mit dem Bundesausfluß in Verbindung setzen, damit der Zusammenstoß mit der Berliner Opposition getätigt wird, wird abgelehnt und auf den Verbandstag verwiesen. Da die Kommunisten merken, daß ihre Politik verjagte, versuchte Kollek mit einer ganz gemeinen Handlungsweise eine Ortsverwaltungsmitglied in Mißkredit zu bringen. Den Beweis für seine Behauptungen konnte er nicht antreten. Dafür wurde Kollek gehörig abgerieben, „Lagner“ und „Pflur“ riefen waren der Erfolg. Zum Schluß wurde beschlossen, die heimgeistige Bibliothek, die noch im Kartell lagert, der Zentralarbeiterbibliothek zu überweisen.

Literarisches.

Die „Arbeiter-Jugend“, die Zeitschrift unserer sozialistischen Jugendbewegung, tritt in das 17. Jahr ihres Bestehens in neuem Gewande. Der Inhalt dieses ersten Heftes ist außerordentlich reichhaltig und gibt einen guten Überblick über die umfassende Bildungsarbeit, durch die das Jugendorgan unser Jugendvolk in die Weltanschauung des Sozialismus einzuführen versucht. Unsere erwachsenen Genossen, denen die Erziehung eines klugen Nachwuchses für Partei und Gewerkschaftsbewegung am Herzen liegt, werden bringen aufgefodert, die ihnen nahestehenden Jungen und Mädchen bei jeder Gelegenheit auf das Organ unserer sozialistischen Arbeiterjugend nachdrücklich hinzuweisen. Es ist durch alle Buchhandlungen und durch jedes Postamt zu bestellen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abstelländerungen. B. = Bevollmächtigter, K. = Kassierer. Gasse a. d. S. B.: P. Minneler, Wandlauer Str. 7 I. K.: F. Bieler, Torfj. 44 II. Spremberg. B.: O. Road, Rochsdorfer Weg 10. K.: F. Jähnig, Dresdener Str. 2 II.